

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 76 (1996)  
**Heft:** 12-1

**Buchbesprechung:** Sachbuch

**Autor:** [s.n.]

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Peter Stadler**  
ist emeritierter Professor für Neuere Geschichte an der Universität Zürich

**Peter Stadler**

## SCHWEIZER IM BANNE DER SOWJETUNION

Aspekte neuerer Forschungen zur Zwischenkriegszeit

In der Zwischenkriegszeit und darüber hinaus bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges gab es keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion. Durchblättert man die einschlägigen Bände der noch nicht ganz abgeschlossenen Edition der «Documents diplomatiques suisses 1848–1945», so stösst man wohl – vor allem von Seiten des Volkswirtschaftsdepartements – auf Interesse an regeren und für beide Teile ertragreicher ökonomischen Kontakten, aber doch auch und vor allem auf permanentes Misstrauen. Dem Generalstreik vom November 1918, den man schweizerischerseits auch auf die Umtriebe russischer Kommunisten zurückführte, war die Enteignung des sehr grossen schweizerischen Besitzes in Russland vorangegangen und gefolgt – ein revolutionärer Akt, der allen schweizerischen Rechtsvorstellungen im tiefsten Widerspruch und sehr viel schärfert einschnitt als seinerzeitige Konfiskationen der Französischen Revolution, in denen es fast nur um Feudal- oder Kirchenbesitz gegangen war und die höchstens vereinzelt Schweizer betroffen hatten. Die Ermordung des Sowjetdiplomaten Vorowski, 1923 in Lausanne durch einen Russlandschweizer, die mit einem Freispruch durch das dortige Geschworenengericht endete, führte einen totalen Tiefpunkt mit gegenseitigen Anschuldigungen herbei. Bundesrat Mottas Nein gegen die Aufnahme Russlands in den Völkerbund von 1934 zeigte zwar keine konkrete politische Wirkung, markierte aber einmal mehr die völlige Verweisung.

Währenddem aber erholt sich das Riesenreich aus dem Chaos des Bürgerkrieges, gewann weiterum an internationaler Anerkennung, wandelte sich vom Leninismus zum Stalinismus und wuchs unter Hungersnöten und Terror mittels gewaltsamer

Kollektivierung und Industrialisierung zur selbstbewussten wirtschaftlichen wie militärischen Grossmacht heran. Grund genug, in der ganzen Welt Argwohn und Interesse zu erwecken – mit einigen Verzögerungen auch in der Schweiz. Sobald es möglich war, gab es hier wie anderswo Menschen, die nach der Oktoberrevolution das gewandelte Russland aufsuchten, um durch eine Mischung von Neugier und Sympathie angetrieben, die in der Schweiz vorherrschende negative Beurteilung des unheimlichen Landes mit eigenen Erfahrungen zu konfrontieren. Christiane Uhlig behandelt in ihrem Buch «Utopie oder Alptraum<sup>1</sup>. Schweizer Reiseberichte über die Sowjetunion 1917–1941» dieses Spektrum der Empfindungen und Beurteilungen. Die Autorin sichtet in dieser Zürcher Dissertation sorgfältig die publizierten Zeugnisse, die überwiegend der Linken zugehören, wenn auch einzelne von den Reisenden – etwa die einem Industriellenmilieu und einer Generalsfamilie entstammende, jedoch aussenseiterische Anne-marie Schwarzenbach – wohlhabend waren. Die meisten kamen aus kleinbürgerlichen Verhältnissen oder aus Arbeiterkreisen. Wer keinerlei Verständnis für den Kommunismus aufbrachte, mied zu jenen Zeiten Russland. Behandelt werden die für alle Reisenden «typischen» Aspekte und Begegnungsformen (Ankunft im Lande, die Hauptstadt, Eindrücke von der Versorgung, Fabrikbesuche, kulturelles Leben), wobei jene, die darüber berichteten, zwangsläufig «Träger von Stereotypen» wurden, da sie nur ausnahmsweise in die Lage kamen, abseits einer Gruppe wirklich individuell zu reisen. Den meisten Besuchern – überzeugte Kommunisten ausgenommen – stellte sich die Sowjetunion weder als verwirklichte Utopie noch als Alptraum dar, sondern als ein zwar mit Entwicklungs-

<sup>1</sup> Christiane Uhlig:  
*Utopie oder Alptraum?*  
Schweizer Reiseberichte  
über die Sowjetunion  
1917–1941 (Die Schweiz  
und der Osten Europas),  
Bd. 2, Rohr, Zürich 1992.

mängeln behafteter, jedoch in fortschrittlicher Evolution begriffener Staat. Offene Ablehnung in der Art eines *André Gide* ist selten, eher schlägt diskrete Kritik durch. Erstaunlich, wie wenig stalinistischer Terror und Schauprozesse das Bild verdunkelt haben; auch bewirkte die Organisation der Kollektivreisen, dass die Hungersnöte der früheren 1930er Jahre den Russlandtouristen weitgehend verborgen blieben.

### **Sowjetgläubige Schweizer – geblendet und betrogen**

Um so unerbittlicher stellt sich die Realität des Stalinismus in seinen Auswirkungen auf sowjetgläubige Schweizer in den Forschungen des seit Jahren auf diese Thematik spezialisierten Historikers *Peter Huber* dar. Bereits in seinem Erstlingswerk, der zu einem stattlichen Buche ausgewachsenen Dissertation «Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz 1918–1935. Der Streit um die Einheitsfront in der Zürcher und Basler Arbeiterschaft» (Limmatverlag, Zürich 1986), hatte er gezeigt, wie das Schlagwort «Einheitsfront von unten» den numerisch schwachen Kommunisten dazu gedient hatte, die Positionen der schweizerischen Sozialdemokraten und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zu schwächen und wenn möglich zu untergraben – im Endergebnis mit geringem Erfolg, da die SPS diese Taktik seit den frühen 1920er Jahren durchschaute. Zur gleichen Zeit behandelte *David Vogelsanger* in seiner Dissertation «Trotzkismus in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg» (Zentralstelle der Studentenschaft, Zürich 1986) die zwar kleine, aber keineswegs unwichtige und von Moskau mit Argwohn verfolgte Gruppierung um die «Marxistische Aktion der Schweiz», die sich in systematischem Nonkonformismus übte und die Landesverteidigung auch noch dann verwarf, als die KPS sich aus taktischen Gründen (Antifaschismus!) dazu bekannte. Das Grüpplein wurde durch gezielte Verfolgungen dezimiert; die GPU setzte ihm vor allem ausserhalb der Schweiz zu (z. B. im Spanischen Bürgerkrieg); ein behördliches Verbot und dann ein Trotzkinistenprozess von 1942 hatten die positive Nebenwirkung, dass wertvolles Quellen-

2 Peter Huber: *Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern, Chronos, Zürich 1994.*

*Erstaunlich,  
wie wenig  
stalinistischer  
Terror und  
Schauprozesse  
das Bild  
verdunkelt  
haben.*

material für künftige Forschung bereitgestellt wurde.

Im Jahre 1994 legte Peter Huber, der zuvor schon die Ermordung des Trotzkisten *Ignaz Reiss* unweit von Lausanne als «Beispiel für Stalins Säuberungen im Ausland» minutiös untersucht hatte (Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 40, 1990, Seiten 328–408), nun als Frucht seiner ausgedehnten Forschungen auch in Russland ein grosses Werk vor: «Stalins Schatten in die Schweiz». Der Untertitel («Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern») zeigt die lebensgefährlichen Zwänge, denen sich gerade die loyalsten und servilisten Anhänger im Rahmen eines freiwillig aufgesuchten Systems ausgesetzt fanden<sup>2</sup>. Hubers umfangreiches Buch konnte nur geschrieben werden dank den in Moskau der Forschung freigegebenen Akten, vor allem denen des Archivs der Komintern. Dieses Gremium wurde im Laufe der zwanziger Jahre systematisch Moskauer Interessen dienstbar gemacht, obwohl es ursprünglich als Instrument des internationalen Kommunismus dienen sollte. Dennoch war die Schweiz darin nicht schlecht, sondern – gemessen an der geringen Bedeutung ihrer Kommunistischen Partei – eher übervertreten, was zweifellos mit der entscheidenden Rolle *Fritz Platten* zusammenhangt, der sich dann wegen seiner Kontakte zu Trotzki den Unwillen Stalins zuzog, was sich schliesslich bis zur Verhaftung und späten – erst 1942, also nach der Säuberungswelle erfolgten – Hinrichtung steigerte. Die fast lückenlos aufgeschlüsselte Lebensgeschichte dieser Persönlichkeit, ohne die im Frühjahr 1917 die Rückkehr Lenins nach Russland möglicherweise gar nicht zustandegekommen wäre und der zuletzt nur noch der «illegale» Besitz einer ihm von Lenin geschenkten Pistole angelastet werden konnte, ist ein durch Tragik besonders fesselndes Beispiel für viele andere Lebensläufe, die häufig genug mit der physischen Vernichtung endeten. Hingerichtet wurden zwei relativ hochrangige Schweizerinnen wie *Lydia Dübi* und *Berta Zimmermann*, von denen erstere Direktorin der Abteilung für Internationale Verbindungen in Paris, die zweite Leiterin des Kurierdienstes dieser Organisation war; ihr wurde neben anderem wohl zusätzlich

zum Verhängnis, dass sie kurze Zeit mit Fritz Platten verheiratet gewesen war. Einmal mehr bewahrheitet sich eine Feststellung des Komponisten *Dimitrij Schostakowitsch*, der – freilich durch frühen Weltruhm privilegiert und deshalb vor Lebensgefährdung gesichert – das System von Grund auf kannte; er nannte in seinen Memoiren (Zeugenaussage, Hamburg 1979, Seite 158) Stalin «*eine Spinne, die jeden, der in die Nähe ihres Netzes geriet, umbrachte*». Anders als beim NS-Terror bestand die Paradoxie der stalinistischen Massenmorde darin, dass sie sich weitgehend auf Anhänger, ja auf gläubige Kommunisten konzentrierten. Die Hinrichtungen blieben übrigens bis lange nach Stalins Tod geheim, so dass Demonstranten noch an der Zürcher Maifeier von 1948 Plattens Befreiung fordern konnten! Einige der Opfer hatten das Glück, zurückkehren zu können; manche davon blieben aber insofern loyal, als sie nichts aussagten, während die wenigen, die informierten, nach Möglichkeit totgeschwiegen oder in ein menschliches Zwielicht getaucht wurden. Das Buch lässt es aber nicht bei menschlichen Schicksalen bewenden, sondern integriert sie in das Repressionsgefüge eines lückenlos arbeitenden Apparates. Gab es auch keine Beziehungen zur Schweiz mehr, so konnte doch der in Moskau wirkende ehemalige Russlandschweizer *Woldemar Wehrlin* sich als Delegierter des IKRK gelegentlich seiner Landsleute annehmen und Rückkehrwilligen die Heimkehr erleichtern.

Neben den von Uhlig untersuchten schweizerischen Russlandtouristen gab es auch Auswanderer, vor allem in den ersten Jahren nach der Revolution, als das ferne Land vielen eine verheissungsvolle Alternative mit neuen Lebensformen zu versprechen schien.

Schon 1985 war *Barbara Schneider* dem Thema in einer als Buch publizierten Lizentiatararbeit – wie die Dissertation Uhligs der Zürcher Schule *Carsten Goehrkes* entstammend – nachgegangen («Schweizer Auswanderer in der Sowjetunion», Unionsdruckerei Schaffhausen 1985), die sich damals ganz auf schweizerische Quellen stützen musste. Dennoch entsteht ein im ganzen verlässliches Bild. Im Unterschied zur Zarenzeit gab es keine individuelle Emigration, sondern eine kollektive von

Fritz Platen ist  
ein durch Tragik  
besonders  
fesselndes  
Beispiel für viele  
andere Lebens-  
läufe, die häufig  
genug mit der  
physischen  
Vernichtung  
endet.

«Kommunarden», die sich auf die Jahre 1924–1930 beschränkte und anfänglich besonders von Fritz Platten initiiert und protegiert wurde, während die KPS aus diversen Gründen dem Projekt misstraute. Die verschiedenen Unternehmungen, von denen die Genossenschaft Nova Lava im Gouvernement Simbirsk die wichtigste war, scheiterten jedoch aus diversen Gründen. Am längsten vermochte sich ein von der Schaffhauser Millionärin *Mentona Moser* ins Leben gerufenes Kinderheim zu behaupten. Von den Ausgewanderten kehrten manche in die Heimat zurück; etliche blieben in Russland, einige aber sind verschollen. Die Kollektivierungswelle um 1930 gab dann dem, was von den Experimenten noch übrigblieb, den Rest.

### **Von Moskau gesteuerte Schweizer Kommunisten**

Die eigentliche Rahmenorganisation der auf die Sowjetunion eingeschworenen Schweizer Bürger war und blieb bis zur Auflösung die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS), die 1921 in Abgrenzung zur Sozialdemokratie wie zu den sogenannten Altkommunisten gegründet worden war. Sie ist bemerkenswert gut erforscht. Schon 1980 war *Peter Stettlers* beispielhaftes Werk über das erste Jahrzehnt der KPS (1921–1931) erschienen, das damals nicht fortgesetzt werden konnte, da die Parteiaktene nicht zugänglich und viele Materialien nach Russland überführt wurden («Die Kommunistische Partei der Schweiz 1921–1931», Francke, Bern 1980, 627 Seiten). Jetzt stehen diese Dokumente neben zahlreichen sonstigen schweizerischen, deutschen wie sowjetischen Archivbeständen der Forschung offen, was der Lausanner Historikerin *Brigitte Studer* ermöglichte, nun auch die abschliessende Phase der Zwischenkriegszeit umfassend darzustellen<sup>3</sup>. Gemäss dem Haupt- und dem Nebentitel («Un Parti sans influence, Le Parti communiste suisse, une section du Komintern 1931 à 1939») akzentuiert sie noch stärker als ihr Vorgänger die durch Moskau bestimmte Steuerung der Partei, die ab 1928 weitgehend und dann 1931/32 ganz ihre Autonomie einbüßte und der Kommandogewalt der Komintern und damit Stalins unterworfen war, der (im Unterschied zu Lenin)

3 Brigitte Studer: *Un Parti sous influence. Le Parti communiste suisse, une section du Komintern 1931 à 1939. L'Age d'Homme, Lausanne 1994.*

für die Schweiz keinerlei Verständnis aufbrachte. Dass die Partei trotz ihrer Schwäche – sie kam nie über zwei Prozent Wählerstimmen hinaus, die sich zudem fast ganz auf ein paar städtische Agglomerationen konzentrierten – im Kaliküll Moskau eine gewisse Bedeutung behielt, verdankte sie ihrer Funktion als internationale Zwischenstation, zumal nach dem Wegfall anderer Länderbastionen.

Die Autorin gliedert ihr grosses Buch in drei Hauptpartien. Eine erste gilt der Anpassung, die weiteren der «Organisation und ihren Handelnden» auf internationaler wie nationaler Ebene (mit einer Untersuchung der sozialen Zusammensetzung der Partei), sowie den verschiedenen Formen des Handelns (die Schweiz als *lieu de repli*, als *lieu de passage* und als *relais propagandiste*). Über allem aber dominieren der Weg in die stalinistische Orthodoxie und die Übungen im Gehorsam gegenüber deren sprunghaften Weisungen. Das hiess keineswegs kontinuierlicher Abstieg: Einem wirtschaftskrisenbedingten Aufschwung Anfang der dreissiger Jahre folgte ein zweiter um 1935 angesichts des Hitlerschocks und der Wendung zur Volksfront. In deren Zeichen wandten sich die Genfer Linkssozialisten um *Nicole* immer deutlicher dem Kommunismus und damit dem Stalinismus zu: Das bedeutete einen markanten Einbruch in die Romandie. Doch brachten die Moskauer Schauprozesse einen spürbaren Rückgang, dem mit dem Hitler-Stalin-Pakt und dem Angriff Russlands auf Finnland das praktische Ende noch vor dem behördlichen Verbot der Partei folgte. Diesem Abstieg entsprachen markante personelle Abgänge (zuletzt noch diejenigen von *Max Wutschleger* und *Otto Schütz*), während *Jules Humbert-Droz* trotz Spannungen einstweilen bei der Stange blieb und eine jüngere Gruppe von Unentwegten (mit *Karl Hofmaier* und *Edgar Woog*) nach vorne drängte, um dann 1944/45 in der nachfolgenden «Partei der

Die KPS ist die  
in ihrer  
Gesamtheit  
wohl am  
besten unter-  
suchte Partei  
der Schweiz

Arbeit» das Leitseil an die Hand zu nehmen. Trotz der geringen Parteienstärke blieb die Medienpräsenz mit mindestens je einer Zeitung in den drei Landessprachen beträchtlich. Auf die anfangs noch beliebten Massenversammlungen wurde dann – auch zwecks Erschwerung polizeilicher Ermittlungen – verzichtet.

Die durch den Spanischen Bürgerkrieg vorangetriebene Polarisierung der politischen Szene hätte der Linken einen verstärkten Auftrieb bringen können. Doch ging der Aufschwung angesichts des nachlassenden Prestiges von Moskau verloren. Bereits zuvor hatte der Bruch Bringolfs mit der Komintern zum Verlust der zeitweilig wichtigen Bastion Schaffhausen geführt. Im weiteren Verlauf musste die moskauhörgige Publizistik zur Verteidigung der Schauprozesse und zur Abwehr der nichtfaschistischen Kritik an Moskau (etwa von *André Gides* vielbeachtetem «Retour de l'URSS») instrumentalisiert werden.

Studers stark strukturelle und auch mentalitätsgeschichtliche Untersuchung ergänzt in mancher Hinsicht die fundamentalen, mehr auf Russland zentrierten Recherchen Peter Hubers von der schweizerischen Basis aus; hier waren mehr die Verteidiger, dort die Gefangenen der Komintern anzutreffen, die doch ihrerseits oft bis zum bitteren Ende (und ihre schweizerischen Angehörigen nicht selten darüber hinaus) auch wieder Verteidiger und Handlanger waren und blieben. Beide Bücher sind mit weiterführenden personengeschichtlichen Anhängen versehen. Bleibt abschliessend hervorzuheben, dass (vom Frontismus abgesehen) die KPS sich als die in ihrer Gesamtheit wohl am besten untersuchte Partei der Schweiz darbietet. Die letztlich viel wichtigeren Bundesratsparteien, deren Geschichte sich freilich auch weit länger hinzieht, haben bisher mehr nur sektorelle und abschnittsweise Darstellungen gefunden. Da ist noch manches nachzuholen. ♦

DANIEL BRÜHLMEIER,  
geboren 1951, ist  
persönlicher Mitarbeiter  
des Zürcher Finanzdirek-  
tors Dr. Eric Honegger  
und Dozent für Philo-  
sophie an der Hoch-  
schule St. Gallen.

# KLASSIKER DER NATIONALÖKONOMIE

Friedrich A. von Hayeks «Preise und Produktion»

**E**s gibt verschiedene Weisen, das bibliophile Verlangen nach wertvollen und schönen Büchern zu befriedigen: die einfachste, aber wohl auch teuerste, ist die Jagd nach exzellent erhaltenen Erstausgaben. Eine attraktive, aber auch nicht ganz billige Alternative dazu bietet die Faksimile-Edition «Klassiker der Nationalökonomie». Sie steht nun unter der Leitung von *Bertram Schefold* und macht die bedeutenden Texte der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur in bibliophilen Nachdrucken der Erstausgaben der Öffentlichkeit zugänglich. Diese sind jeweils auf 1000 oder gar auch nur 500 Exemplare limitiert, von eindrücklicher Fertigungsqualität und von einem Kommentarband («Vademecum» genannt) begleitet, in welchem Spezialisten die Autoren in ihrer Zeit einordnen und den Bezug zur Gegenwart herstellen<sup>1</sup>.

Es ist ein herausragendes Positivum dieser Reihe, dass sie der Theorie- und Dogmengeschichte der Disziplin von der Antike über Mittelalter, Neuzeit sowie der verschiedenen Strömungen des 18. und 19. Jahrhunderts bis zu den neuen «Klassikern» des 20. Jahrhunderts eine tragende Bedeutung beimisst. Sie erfüllt aber gleichzeitig einen kultur- und ideengeschichtlich übergreifenden Auftrag. In der Tat ist der Klassikerbegriff weitgefasst, und es finden sich hier auch Werke, die man im ersten Augenblick nicht der Politischen Ökonomie, sondern der Philosophie – etwa *Aristoteles*' «Politik», *Hobbes*' «Leviathan» oder *Adam Smiths* «Theory of Moral Sentiments» – oder gar dem gehobenen Journalismus – man denke an *Hume* oder an *Mandeville* – zuordnet.

Die Auswahl der Autoren überzeugt denn auch durchgehend; bei den einzelnen Werken könnte man sich durchaus Alternativen vorstellen. So gibt es etwa wirtschaftswissenschaftlich relevantere Publikationen von *Max Weber* als «Die Protestantische Ethik», die dann allerdings nicht in Buchform erschienen sind.

Anlass zur Anzeige der Reihe bildet das Erscheinen von *Friedrich A. von Hayeks*

«Preise und Produktion» – ein Werk, das erstmals 1931 bei *Julius Springer* in Wien veröffentlicht wurde und von dem im gleichen Jahr etwas früher in London eine englische Ausgabe erschienen ist<sup>2</sup>. Dass dieses Werk nun so neu zugänglich gemacht wird, ist in mehrfacher Weise glücklich: nicht nur ist Hayek ein Mitbegründer der Reihe «Klassiker der Nationalökonomie» und selbst ein grosser Bibliophiler, sondern vor allem einer der bedeutendsten, originalsten und wirkungsmächtigsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. «Preise und Produktion» selbst war dazu ein wichtiger und in engerem Sinne ökonomischer Beitrag, während ja andere Werke von ihm, wie etwa die «Verfassung der Freiheit» oder der «Weg in die Knechtschaft», einen stärker juristischen oder sozialphilosophischen Einschlag kennen. Und mit Blick auf die Reihe darf betont werden, dass es gleichzeitig ein Werk ist, das (im ersten, theoriegeschichtlichen Kapitel) Klassikern, insbesondere *Richard Cantillon*, auf exemplarische Weise Gerechtigkeit widerfahren lässt.

## Meilenstein für die Theorie der Marktkoordination

Das vom damals 31jährigen Autor geschriebene Werk ist vorerst einmal der Versuch einer Synthese der österreichischen Kapitaltheorie mit monetären Faktoren, mithin Dreh- und Angelpunkt der Geld-, aber auch der Kreislauf- und Kapitaltheorie Hayeks. Im Anschluss an Arbeiten *Ludwig von Mises*' zeigt er darin, wie ein inflationäres Umfeld einen Boom erzeugt, der wegen künstlich niedrig gehaltenen Zinsen die Fehlinvestition von Kapital anheizt. Das damit angeregte Produktionsmuster kann dann aber in der folgenden depressiven Phase nicht mehr gehalten werden. Die österreichische Theorie führt in einem ersten, «positiven» Erklärungsversuch den Kapitalmangel als Erklärungsgrund an, dann aber in einem zweiten auch falsche Produktionsentscheidungen, womit ein stark normatives Element hineinspielt.

1 Erschienen und lieferbar sind bisher über 50 Titel, 5 sind bereits vergriffen.

2 Friedrich A. von Hayek: *Preise und Produktion*, Bibliophiler Nachdruck der Erstausgabe (1931). Hrsg. von Bertram Schefold mit Kommentar-Band von Israel M. Kirzner, Heinz D. Kurz und Kurt Leube. Verlag Wirtschaft und Finanzen, Düsseldorf 1995.

Eine dritte Erklärung wird das Augenmerk auf die schlechte Abstimmung von Plänen der Marktteilnehmer im Boom und auf den Prozess legen, in welchem die Marktpreise die Schlüsselrolle bei der notwendigen Informationsvermittlung zur Erreichung der Koordination spielen. Wie *Israel M. Kirzner* im Kommentarband belegt, findet sich diese Theorie zwar nicht ausdrücklich im Werk von 1931, doch Hayek selbst hat es immer als Ausdruck des stärker preis- und markttheoretisch verstandenen wissenschaftlichen, lebenslangen Forschungsprogramms verstanden, das er in den folgenden Jahren explizit machte und für das er zu Recht Weltruhm erlangte.

Darin nehmen die Pläne der Individuen eine zentrale Rolle ein, und die Wettbewerbsmärkte stimmen diese wechselseitig ab. Das Marktgeschehen wird zu einem Prozess von sich wechselseitig koordinierenden Entdeckungen. Die neue Rolle von Wissen, Unkenntnis und Lernen einerseits, die Rolle von Marktpreisen als Signale und Surrogate für einen ausdrücklichen Austausch von Marktinformationen andererseits sind herausragende Erkenntnisse des Wirtschaftstheoretikers; sie befürachten aber auch Hayeks allgemeines, gesellschaftswissenschaftliches und philosophisches Lebenswerk.

Man darf also «Preise und Produktion» attestieren, dass es einen Meilenstein in der Entwicklung daraufhin darstellt, was Hayek selbst als seine «Entdeckung» bezeichnete, nämlich die Auffassung von der Preisbildung auf Konkurrenzmärkten als einer Institution, die Produzenten und Konsumenten veranlasst, sich an Umstände und Vorgänge anzupassen, von denen sie gar nichts wissen. Es ist auch ein methodologisch durchaus interessantes Werk, das die Zusammenhänge mit einer «individualistischen Methode» erschliessen will, die auf die qualitativen Veränderungen

beim einzelnen Individuum schaut und damit zur dominierenden, quantitativen und an «Kollektiven oder Durchschnittsgrössen» orientierten Methode in einem offenen Gegensatz steht.

### Fehde mit Keynes und Sraffa

«Preise und Produktion» wurde, atypisch für Hayek, in relativ kurzer Zeit niedergeschrieben; Hayek sollte später sagen, dass es sein Anliegen war, «den grossen Zusammenhang klar darzustellen, ohne (sich) Sorgen über all die Schwierigkeiten zu machen, die eine Ausarbeitung im Detail aufwerfen sollte»<sup>3</sup>. Dies war wohl mit ein Grund, weshalb das Werk (in seiner englischen Version) von den beiden wirtschaftstheoretischen Antipoden *Sraffa* und *Keynes* schonungslos kritisiert wurde. Zumindest Keynes' Kritik war oberflächlich; die mikroökonomische Fundierung hatte er vollkommen übersehen, und interessanterweise hat der kürzlich mit dem Nobelpreis bedachte *Robert Lucas* dies 1977 im Lichte der Entwicklung seiner Theorie der rationalen Erwartungen wieder hervorgehoben<sup>4</sup>. Aus der Publikation von «Preise und Produktion» und einer Besprechung von Keynes' «Treatise on Money» durch Hayek entstand eine eigentliche Fehde; gleichzeitig wurde aber auch die wirtschaftswissenschaftliche Produktivität Hayeks so stimuliert, dass sich in den folgenden Jahren die eben erwähnte Theorie der Marktkoordination voll entfalten konnte. Der letztlich gescheiterte Versuch, Wert- und Geldtheorie zu integrieren, ist bis heute noch keinem ökonomischen Theorieansatz wirklich gelungen, und Hayek bleibt so auch nach über sechzig Jahren ein immer noch ernst zu nehmender Ausgangspunkt: «Preise und Produktion» verdient es daher, als eines der bedeutenden Werke in der Geschichte unseres Faches betrachtet und gelesen zu werden» (Heinz D. Kurz). ♦

<sup>3</sup> Vorwort zum Neudruck von 1976, S. 7.

<sup>4</sup> Siehe Heinz D. Kurz, in *Vademecum*, S. 111.

*Robert Nef*

# LIBERALISMUS – UNVERPACKT

*Antony de Jasay – Vordenker eines radikalen Liberalismus*

Verpackungen schützen ihren Inhalt vor Verderbnis, ermöglichen den Transport, wecken Neugierde, locken und verschönern, täuschen aber auch vor und erzeugen lästigen und manchmal sogar schädlichen Abfall. Im neuesten Buch von *Antony de Jasay*, das 1991 unter dem Titel «Choice, Contract, Consent: A Restatement of Liberalism» in englischer Sprache erschienen ist (Institute of Economic Affairs, Hobart paperback, London 1991) und jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt<sup>1</sup>, versucht der aus Ungarn stammende, in Frankreich lebende Ökonom und politische Philosoph den «harten Kern» des Liberalismus aus seiner Umhüllung zu befreien und – wie es in der Übersetzung heißt – «neu zu fassen». Restatement hat im Englischen allerdings eine Doppelbedeutung und kann (gemäß *Collins*) sowohl «express again» als auch «express differently» heißen. Beides kommt in dem für die Darstellung und Weiterentwicklung politischer Grundsätze bedeutsamen Werk zum Zug. Im ersten Teil geht es um eine differenzierte kritische Analyse eines weit gefassten Liberalismus, den der Autor als «Loose Liberalism» bezeichnet, was sorgfältig und möglichst wörtlich mit «Loser Liberalismus» übersetzt wird. Diese Spielart des Liberalismus wird – vor allem in den Vereinigten Staaten – mit dem Liberalismus schlechthin gleichgesetzt, was zur Folge hat, dass im internationalen Gedankenaustausch zur ideengeschichtlichen und politischen Positionierung des Liberalismus eine heillose Verwirrung herrscht. Es stellt sich heute die Frage, ob der Begriff überhaupt noch als «kommunikationstauglich» gelten kann, nachdem er durch solch' einen losen Umgang diskreditiert ist. In den Vereinigten Staaten ist die Erinnerung an die traditionellen staats-, macht- und interventionsskeptischen Elemente des Liberalismus derart verblasst und überwuchert, dass sich die «Liberals» mit jener interventionsfreundlichen, etatistischen Grundhaltung identi-

fizieren, die in Europa etwa von den egalistischen Sozialdemokraten vertreten wird, allerdings vor allem in der Bundesrepublik mit Sympathien bis weit ins bürgerlich-liberale Lager hinein. Der von dieser Seite propagierte und bei den begünstigten Mehrheiten zunehmend populäre Ausbau des zwangsweise umverteilenden Wohlfahrtsstaates, welcher tendenziell letztlich allen das Recht auf alles verspricht, basiert allerdings auf einem Geflecht von Versprechungen und Lügen. Er steht im Widerspruch zum liberalen Konzept der Selbstverantwortung und der (auch gegenüber Mehrheitsbegehren!) limitierten politischen Herrschaft. In einem solchen Wohlfahrtsstaat ist, wie *Fritz Fliszar*, der Leiter des Liberalen Instituts in Bonn, in seinem Vorwort festhält, nicht nur «jeder seines Bruders Hüter», sondern alle haben «einen Rechtsanspruch darauf, behütet zu werden». Wenn man nun darauf verzichtet, dem populistischen Pragmatismus Grundsätze gegenüberzustellen, ist – so Fliszar – «der Liberalismus zu progressivem Identitätsverlust verurteilt».

Im ersten Teil seines Buches zeigt de Jasay, dass die «geistige Zersetzung» des Liberalismus nicht auf den Lauf der Geschichte zurückzuführen ist, «sondern auf die mangelnde Robustheit seiner Bauelemente und auf einen Bauplan, der zum Herumbasteln, Erweitern und Verändern geradezu herausforderte» (S. 12).

Was gehört nun nach de Jasay zur unnötigen und zum Teil auch täuschen den «losen» Verpackung seines Netto-Liberalismus? Der grundsätzlich pluralistisch eingestellte Liberalismus wird beispielsweise verfälscht, wenn man den Staat zur Förderung eines bestimmten Wertes drängen kann. Wer dies will, verlangt nichts anderes, als dass «andere für etwas zahlen sollen, das diese mutmasslich ohne Zwang nicht tun würden».

Das Bekenntnis zum Pluralismus darf allerdings – wie de Jasay zu Recht in Erinnerung ruft – nicht so weit gehen, dass bei

1 *Antony de Jasay: Liberalismus neu gefasst. Für eine ent-politisierte Gesellschaft, aus dem Englischen übersetzt von Monika Streissler, Propyläen Verlag, Berlin 1995.*

grundlegenden politischen Fragen zwei entgegengesetzte Richtlinien befürwortet werden, beispielsweise die strikt-liberale Richtlinie «Jedem seinen Wert» und die lose-liberale Richtlinie «Jedem Wert die gleichen Chancen».

Der klassische Liberalismus unterscheidet (in Anknüpfung an *John Stuart Mill*) zwei Arten von Staatseingriffen: solche, die der Staat vornehmen *muss*, und solche, die er *nicht* vornehmen *darf*. De Jasay bezieht sich bei seiner Kritik nicht nur auf die wichtigsten neueren ökonomischen und philosophischen Theorien, sondern auch auf besonders interventionsfreundliche Rechtstheoretiker, wie etwa *Dworkin*<sup>2</sup>, der sich selbst zur «liberalen Grossfamilie» zählt. Die vom sozialtechnologischen Machbarkeitswahn befallenen Öffentlich-Rechtler gehören zu den aktivsten Wegbereitern des «losen Liberalismus», und ihr – durchaus glaubwürdiges – Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat ist für strikte Liberale keineswegs beruhigend, da man die Freiheit auch auf demokratischem Weg schrittweise abschaffen kann. Wenn der Staat als Haupttätigkeit «die Verteilung knapper Mittel» wahrnimmt, erlangt das Ermessen gegenüber der Gesetzgebung und Vollstreckung eine Vorrangstellung, und der Wert der Gleichheit dominiert gegenüber dem der Freiheit... Hart ins Gericht geht de Jasay mit jener Spielart des «losen Liberalismus», die «mit wachsender Begeisterung» den Staat dafür verantwortlich macht, subjektive Rechte (etwa Menschenrechte, Bürgerrechte, Minderheitenrechte, Frauenrechte, Recht auf Bildung, Recht auf Arbeit, auf Lebenschancen und auf Sicherheit) zu garantieren. Das angenehme Garantieren von Rechten ist nur dann praktikabel, wenn dadurch auch unangenehme Verpflichtungen geschaffen werden, die ihrerseits in die Freiheit eingreifen. «Wenn liberal sein heißt, dass der Freiheit vor andern Gütern eine Art Vorrang eingeräumt werden muss, so ist die auf Rechten basierende Version des Liberalismus falsch» (S. 53). Aufgrund einer Auseinandersetzung mit rechtstheoretischen Ansätzen, die von solchen positiven Ansprüchen an das Gemeinwesen ausgehen, wird der Nachweis erbracht, dass die Wahrscheinlichkeit, durch irgendein Verhalten solche Rechte zu verletzen, derart gross wird, dass die Beweislast zugunsten der Freiheit («es

2 Ronald Dworkin:  
*Taking Rights Seriously*,  
London 1977.

Die vom  
sozialtechnolo-  
gisches Mach-  
barkeitswahn  
befallenen  
Öffentlich-  
Rechtler gehören  
zu den aktivsten  
Wegbereitern  
des «losen  
Liberalismus».

ist alles erlaubt, was nicht verboten ist») in ihr Gegenteil verwandelt wird («es ist alles verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt ist»).

Erfreulicherweise bleibt de Jasay nicht bei seiner scharfen, aber mit guten Argumenten unterlegten Kritik des «losen Liberalismus» stehen, sondern unterzieht sich der Mühe, die Grundprinzipien eines streng gefassten «strikten Liberalismus» positiv zu formulieren bzw. zur Diskussion zu stellen. Er verwendet dabei folgende sechs «Grundsteine»: «1. Einzelpersonen, und nur sie, können wählen (Individualismus). 2. Einzelpersonen können für sich, für andere oder für beides wählen (Politik). 3. Der Sinn der Wahl besteht darin, die präferierte Alternative zu wählen (Nicht-Dominanz)» – genauer: Nicht-Prädominanz. «4. Versprechen sind zu halten (Vertrag). 5. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst (Priorität). 6. Alles Eigentum ist privat (Ausschluss)» (S. 79).

Der Autor räumt dabei ein, dass er die Folgerungen aus diesen Grundsätzen (die übrigens ihrerseits durchaus erklärbürftig sind) nicht vollständig überblickt und dass sich daraus auch keine abgeschlossene Theorie des politischen und ökonomischen Handelns und Verhaltens ableiten lasse. In einer Anmerkung wird auch angetont, dass die Begriffe «privat» und «individuell» nicht deckungsgleich seien. Familien sind zwar in der Privatsphäre anzusiedeln, aber sie sind nicht einfach mit Individuen gleichzusetzen. Zusätzlich liessen sich noch weitere «offene Traktanden» anführen. Komplexe, für die privatautonome Funktion von Eigentum und Vertrag entscheidende Institutionen wie das Erbecht, die juristische Person und das Wertpapier schaffen überlappende Bereiche von vertraglichen und dinglichen Rechten und allgemeinverbindlichen Normen, und die Technologie erzeugt Netzwerke, welche die Isolierbarkeit von Personen und Personengruppen auf der einen Seite und von Sachen und Leistungseinheiten auf der anderen erschweren. Damit werden die Grundsätze 4 bis 6 (Grundsätze des gesellschaftlichen Zusammenlebens) mit zusätzlichem Konfliktstoff aufgeladen. Dies alles unterstreicht aber nur den zunehmend wichtigen Stellenwert der Privatautonomie als Basis des Zusammenlebens in hoch komplexen und intensiv

vernetzten sozialen Gruppen. Es lässt sich aufgrund von allgemeinverbindlichen, auf Dauerkonsens angelegten Zwangsnormen je länger je weniger befriedigend organisieren.

Realistischer als die radikalen Libertären und die Anarcho-Kapitalisten, denen er durchaus nahesteht, beurteilt de Jasay das Phänomen der Umverteilung. Er bezeichnet es als ein zwar durch und durch fragwürdiges, aber trotzdem als ein unabdingbares Element der Politik. Auch gegenüber der Möglichkeit einer dauernden und wirksamen Begrenzung der Staatsgewalt ist der Autor illusionslos<sup>3</sup>. Mit guten Gründen, aber vielleicht doch etwas voreilig, kapituliert er vor der Herausforderung, ein verfassungsrechtliches Instrumentarium für solche Beschränkungen vorzusehen. «*Da Recht Recht verändern kann, Richter Recht schaffen, Politiker Richter bestellen und Interessen und Meinungen Politik machen, kann letztlich die kollektive Wahlhandlung immer ihre eigenen Regeln aufstellen*» (S. 166). Prinzipiell lässt sich gegen diese Argumentation nichts einwenden, aber vielleicht gibt es doch einen lohnenden Spielraum für ein institutionelles Vorgehen, das ein Anwachsen staatlicher und behördlicher Macht hemmt und bremst.

Anknüpfend an das im Titel dieser Rezension gewählte Bild einer Gegenüberstellung von der «Verpackung» beim «losen Liberalismus» und vom bleibenden Inhalt beim «strikten Liberalismus», ist man nach der Lektüre versucht festzustellen, die Menge von unnützem bzw. schädlichem

Gegenüber der  
Möglichkeit einer  
dauernden und  
wirksamen  
Begrenzung der  
Staatsgewalt ist  
der Autor  
illusionslos.

Abfall sei im Hinblick auf den kleinen harten Kern überaus gross. Harte Kerne sind aber gleichzeitig auch Samen, aus denen neue Bäume und neue Früchte wachsen können. Der «strikte Liberalismus» erlaubt mit seiner Ausrichtung auf die Privatautonomie in hochkomplexen, weltweit vernetzten, dynamisch sich verändernden Gesellschaften, die stets knappe, aber notwendige Kooperationsbereitschaft zwischen Menschen flexibel zu adaptieren und damit bestmöglich zu nutzen. Er weist damit in die Zukunft, und man tut gut daran, ihn von jenem Beiwerk zu befreien, das in den Vorurteilen vergangener Jahrhunderte wurzelt. Ob für den Terminus «Liberalismus» ein «restatement» in dem von de Jasay gewünschten Sinn gelingt und ob sich der Begriff angesichts der Verfälschungen, die mit ihm – vor allem in den USA – verbunden werden, definitiv mit dem erwünschten Fokus auf den strikten Sinn wird behaupten bzw. etablieren können, muss hier offenbleiben. Ein gleichwertiger oder besserer Ersatz für diese Bezeichnung ist nicht in Sicht. In Südamerika, das für die Weiterentwicklung des Liberalismus ebenfalls eine Schlüsselrolle spielen dürfte, ist die Erinnerung an die autoritätskritischen spanischen *Liberales*, welche den Begriff in die politische Terminologie eingebracht haben, noch lebendig. Der – auch wissenschaftssprachlich – weltweit prägende Einfluss der USA darf aber nicht unterschätzt werden. Deshalb ist zu hoffen, dass die Rezeption von de Jasay auch dort Fortschritte macht. Doch dies zu beeinflussen, masst sich der Rezensent nicht an. ♦

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch Antony de Jasay: *Is limited government possible?* Critical Revue, Spring 1989, also in: Gerard Radnitzky & Hardy Bouillon (ed.), *Government Servant or master?* Rodopi, Amsterdam/Atlanta 1993, p. 73.

## Mitteilung an unsere Abonnenten

Die allgemeine Kostenentwicklung macht es leider unumgänglich, den Abonnementspreis der Schweizer Monatshefte zu erhöhen. Das Jahresabonnement kostet ab Januar 1996 Fr. 89.–, Studentenabonnement Fr. 44.50 (in der Schweiz immatrikulierte Studenten); Auslandabonnement zuzüglich Fr. 21.– Portokosten; Einzelpreis Fr. 9.50.